

DER NEWSLETTER AUS SH,
BRÜSSEL UND STRASSBURG

DELARA BURKHARDT
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS 

Liebe Genoss*innen und
ein herzliches „Moinjour“ an alle Europa-Interessierten,

weltweit ist die die Anzahl der an COVID-19 Erkrankten auf über 2 Mio. gestiegen. Überall auf der Welt und auch bei uns in Deutschland werden dennoch Ausstiegsstrategien gefordert. Dabei müssen wir bedenken, dass die Zahl der Erkrankten nur so gering geblieben ist, weil wir uns genau an die Vorschriften halten und rücksichtsvoll als Gesellschaft agieren. Deswegen bleiben mein Team und ich natürlich zu Hause. Auch wenn es nicht immer leicht ist, haben wir uns an diese neue Form der Arbeit etwas gewöhnen können und müssen die Lage weiterhin sehr ernst nehmen.

Trotzdem lassen neuesten Beschlüsse der Bundesregierung darauf hoffen, dass wir uns bald - langsam und mit aller gebotenen Vorsicht wieder in Richtung Normalität bewegen können. So dürfen Geschäfte ab dem 20. April wieder öffnen, solange sie nicht größer als 800qm sind. Abiturprüfungen finden ebenfalls statt. Die Kontaktbeschränkungen werden dennoch bis mindestens zum 3. Mai bestehen bleiben. Alle 14 Tage wird es zu einer neuen Bewertung der Situation und dementsprechend neuen Maßnahmen kommen. Am 30. April werden wir wieder mehr wissen.

Auch für das Plenum des Europäischen Parlaments ging es im April schon in die zweite Runde der Fernabstimmungen. Mit einer Parlamentsresolution haben wir die europäische Antwort auf die Corona-Krise beschlossen, einen flexibleren Einsatz des EU Haushalts von 2020 und des EU-Strukturfonds. Dadurch können mehrere Milliarden Euro für Tests, Krankenhausmaterial, zur grenzüberschreitenden Patient*innenversorgung, und für kleine und mittelständige Unternehmen, die ihre Produktion auf medizinischem Material umgestellt haben und damit auch Beatmungsgeräte oder Masken liefern können, zur Verfügung gestellt werden.

Die Bekämpfung des Klimawandels dürfen wir trotz alledem nicht vergessen: Um den Wiederaufbau nach der Corona-Krise zu schaffen, muss der Green Deal deshalb im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen, um eine Bewältigung der Krise für Europa möglich zu machen. Dafür habe ich mit vielen anderen die European Alliance for a Green Recovery gegründet. Mehr dazu im Artikel!

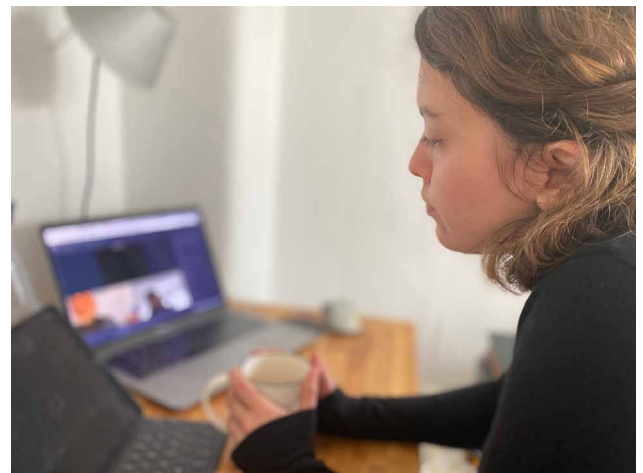
Ich freue mich wie immer über Fragen, Kritik und Anregungen.

Solidarische Grüße

Delara

Aus dem Home Office

CORONAKRISE BRAUCHT EIN SOLIDARISCHES EUROPA!



Am 9. April haben sich die Finanzminister*innen der EU-Mitgliedsstaaten auf ein 540 Mrd. € Hilfspaket geeinigt, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzufedern. Dieses besteht aus drei Säulen: Erstens werden Kredite von bis zu 240 Mrd.€ aus den Mitteln des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für betroffene Mitgliedsstaaten bereitgestellt. Zweitens werden betroffene Unternehmen mit Krediten im Umfang von bis zu 200 Mrd. € aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank unterstützt. Drittens wird für Arbeitnehmer*innen ein Kurzarbeiterprogramm in Höhe von 100 Mrd. € aufgesetzt.

Gerade jetzt ist es wichtig, dass die Minister*innen sich auf einen Kompromiss einigen konnten und die EU in dieser Krise Handlungsfähigkeit demonstriert. Als Sozialdemokrat*innen im Europäischen Parlament hatten wir uns dafür eingesetzt, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus den besonders betroffenen Staaten ohne die üblichen, strengen Auflagen schnell und unkompliziert unter die Arme greift. Entsprechend der Einigung vom Donnerstag sind Kredite aus dem ESM nun „lediglich“ an die Bedingung geknüpft, dass die Gelder für direkte und indirekte Gesundheitskos-

ten genutzt werden müssen. Möchte ein Land also die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise durch einen Kredit des ESM bekämpfen, gelten weiterhin strenge Auflagen wie Sparmaßnahmen oder Strukturreformen. Ich finde: Das ist zu kurz gedacht, denn die wirtschaftlichen Probleme eines Landes spüren auch die anderen Mitgliedsstaaten der EU.

Gerade deswegen sagen wir: Das Corona-Paket der EU-Finanzminister*innen kann nur der erste Schritt sein. Um die langfristigen, auch wirtschaftlichen, Folgen der Krise wirksam zu bekämpfen, brauchen wir neue und solidarische Instrumente. Hier kommt es nun besonders darauf an, wie der Wiederaufbau-Fonds, auf das sich die Finanzminister*innen ebenfalls geeinigt haben, ausgestaltet wird. Für mich und die SPD im Europäischen Parlament sind gemeinsame, langfristige Anleihen aller EU-Staaten ganz klar der richtige Weg. Wir brauchen also Wiederaufbau-Bonds! Hierbei würden alle Mitgliedsländer, also auch jene mit großer Kreditwürdigkeit, gemeinsam Schulden aufnehmen. So könnte man den betroffenen Staaten günstig Geld zur Verfügung stellen, da sie mit geringeren Risikoaufschlägen versehen werden, als wenn diese allein Schulden aufnehmen müssten. Nur, wenn wir in dieser Krise solidarisch handeln, kann Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen!

Sobald die akute Gesundheitskrise gebannt ist, muss natürlich alles getan werden, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und sichere Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Für diese Konjunkturpakete werden hunderte von Milliarden, gar Billionen, Euro in ganz Europa mobilisiert werden müssen. Dabei haben wir die Wahl: wollen wir diese unvorstellbaren Summen in ein Weiterso unseres Wirtschaftens stecken? In Infrastruktur, die noch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten unsere Umwelt verschmutzen wird, obwohl wir genau wissen, dass die EU bis allerspätestens 2050 so gut wie keine Treibhausgase mehr produzieren darf?

Oder nutzen wir diese Krise, um etwas Neues zu wagen? Lasst uns dafür sorgen, dass diese riesigen Wiederaufbauprogramme in Deutschland und in Europa zu einem Kickstarter für die sozial-ökologische Wende werden! Für Investitionen in saubere und erneuerbare Energien, für eine Kreislaufwirtschaft, in der weniger Rohstoffe verbraucht und Materialien lange wiederverwendet werden, für eine Landwirtschaftspolitik, die unsere Umwelt schützt und uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt!

Noch mehr und genauere Infos der Europa-SPD, wie wir solidarisch durch die Coronakrise kommen können, findet ihr unter dem folgenden Link:

<https://bit.ly/34LRQCd>



LEAVE NO ONE BEHIND – DEM CORONA-VIRUS IST EGAL, WO DU HERKOMMST.

Abstand halten und Quarantäne? Das ist für die 40 000 Menschen, davon 14 000 Kinder, in den Geflüchtetenlagern auf den griechischen Inseln nicht drin. Wenn der Corona-Virus die Lager erreicht, sind sie einer drohenden Katastrophe ausgesetzt.

Hände waschen und Abstand halten? Das geht dort nicht, denn besondere Schutzmaßnahmen für große Geflüchtetenlager, wie dem auf Lesbos, sind nicht vorgesehen. Die Menschen müssen sich mit über 1000 Menschen einen Wasserhahn teilen und Seife ist schon lange eine Mangelware. Drei Mal täglich wird in Schlagen für Essen angestanden. So kann das nicht weitergehen. Die Camps müssen so schnell wie möglich evakuiert werden.



Die Ankunft von 12 unbegleiteten Minderjährigen am 16. April 2020 in Luxemburg ist ein erstes positives Signal: Einige EU-Mitgliedstaaten sind bereit, sich trotz Corona-Krise mit schutzbedürftigen Menschen, aber auch mit Griechenland solidarisch zu zeigen. Zugleich wird deutlich, dass die Grundlage für Solidarität politischer Wille ist. Zu diesem konnten sich Bundesinnenminister Horst Seehofer und die Union letzte Woche endlich durchringen, sodass wir am Wochenende in einem ersten Schritt hoffentlich 53 Kinder in Deutschland empfangen können. Jetzt müssen Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten weiter handeln und ihre Zusagen schnellstmöglich umsetzen.

Dennoch ist klar: Die Aufnahme von 53 unbegleiteten Minderjährigen aus den unmenschlichen Bedingungen in den Hotspots ist für ein Land wie Deutschland viel zu wenig und nur ein Bruchteil der angekündigten 1 600 Minderjährigen, die einige EU-Mitgliedstaaten aufnehmen wollen! Es gibt einzelne deutsche Städte, die weiter bereit sind, mehr Menschen aufzunehmen. Ich erwarte, dass die Union und Horst Seehofer jetzt

schnell den nächsten Schritt ermöglichen, um ein stärkeres Signal der Solidarität mit Griechenland zu senden: Die Evakuierung aller angekündigten 1 600 Kinder, und auch Familien mit Kleinkindern muss jetzt umgesetzt werden.

Als erster Schritt müssen diese Menschen ans Festland gebracht und dort u.a. in leerstehenden Hotels sicher untergebracht werden. Dafür braucht es Platz und die Akzeptanz der lokalen Regierungen. Die schafft man auch dadurch, bereits anerkannte Flüchtlinge vom griechischen Festland in andere EU-Mitgliedstaaten zu verteilen.

Europa muss jetzt weiter entschlossen Solidarität zeigen und mindestens die gesamten Risikogruppen aus diesem humanitären Notstand herausholen – aber nicht nur denen muss geholfen werden.

Die Umsiedlung in andere EU-Länder muss trotz Grenzschließungen erfolgen und die Aufnahme durch solidarische Städte darf nicht abgebremst werden. Wir müssen jetzt entschieden handeln!

KEINE QUARANTÄNE FÜR DIE DEMOKRATIE

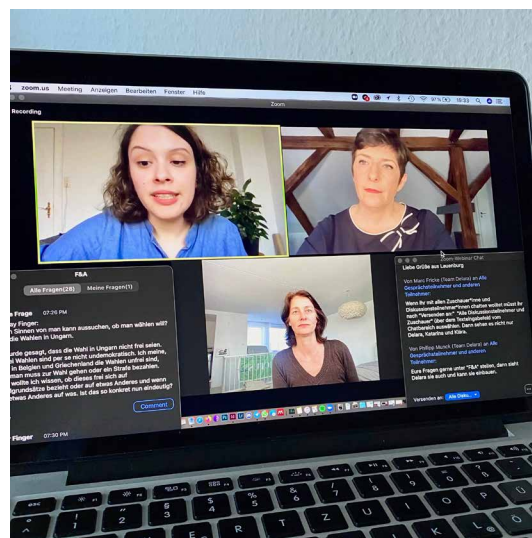
Am Freitagabend, den 17.04., habe ich zusammen mit meinen Kolleginnen Katarina Barley und Klára Dobrev sowie über 60 Genoss*innen aus Schleswig-Holstein über die Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn diskutiert. Dort steht es momentan um die Menschen sowie die Demokratie sehr schlecht. So haben die nationalkonservativen Regierungen der PiS-Partei in Polen sowie der Fidesz-Partei in Ungarn ihre parlamentarischen Mehrheiten in den vergangenen Jahren genutzt, um die Grundwerte der EU systematisch zu untergraben.

Es war mir sehr wichtig, dass wir das Webinar veranstalten. Denn als Europäer*innen dürfen wir nicht wegsehen, wenn nationalkonservative Regierungen in Polen und Ungarn die Corona Krise als Vorwand nehmen, um den Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie voranzutreiben. Deutschland hat in seiner Ratspräsidentschaft besondere Verantwortung, wirksame Mechanismen vorzuschlagen, wie wir Rechtsstaatlichkeit schützen können

Aktuell hatte Polen zuletzt eine Justizreform durchgeführt, welche die Unabhängigkeit der Richter*innen erheblich einschränkte. Außerdem ist eine Wahlrechtsreform geplant, welche die Chancen der regierenden PiS Partei auf eine Wiederwahl erheblich erhöhen würde. In Ungarn hat sich Regierungschef Orbán wiederum zuletzt vom Parlament durch ein Notstandsgesetz im Rahmen der Corona-Krise mit erheblichen Sondervollmachten ausgestattet. Diese ermöglichen ihm nun, am Parlament vorbei und ohne zeitliche Beschränkung per Dekret zu regieren.

Katarina Barley sagte ganz klar, dass jetzt Ursula von der Leyen gefragt ist: „Sie ist mit den Stimmen der PiS und von Fidesz an die Macht gekommen. Sie muss jetzt zeigen, dass sie nicht von ihnen abhängig ist und die Aushöhlung des Rechtsstaats in beiden Ländern klar verurteilen. Wir brauchen naming & shaming: Länder, die sich außerhalb der europäischen Werte bewegen, müssen klar verurteilt werden“

Zu spät wurde die Tragweite der Reformen in den beiden Ländern erkannt. Hier braucht es ein klares Monitoring. Bislang werden Länder nur auf die Einhaltung der Grundrechte überprüft, bevor sie der EU beitreten. Ungarn und Polen zeigen: Das muss sich ändern!



Denn der Prozess ist oft schleichend. So geht die Aushöhlung des Rechtsstaatsprinzips oft mit Druck auf oppositionelle NGOs einher. Häufig geschieht dies beispielsweise über finanzielle Einschränkungen. Die EU muss in solchen Situationen einspringen, damit diese so wichtigen Gegenstimmen auch weiterhin gehört werden.

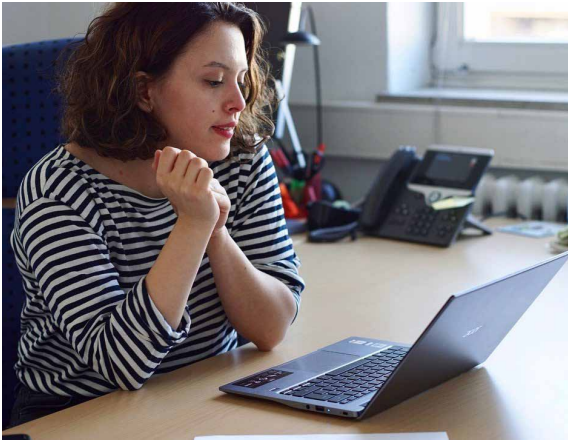
Nicht zuletzt muss gelten: Wer die Grundrechte der EU missachtet, muss damit rechnen, dass EU-Zahlungen gekürzt werden. „Die korrupte Regierung Orbans darf nicht die EU-Gelder bekommen, sie müssen direkt an die Bevölkerung und die Zivilgesellschaft gehen“ unterstrich auch meine ungarische Kollegin Klára Dobrev. Denn wie sonst wollen wir gegenüber den Steuerzahler*innen rechtfertigen, dass ihre Gelder an Länder gezahlt wird, die den Rechtsstaat untergraben?

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT IST ARBEITSFÄHIG

Auch in der Coronakrise braucht es ein arbeitsfähiges Parlament. Um unsere Arbeit weiter möglich zu machen, stimmen wir momentan per Fernabstimmung ab. Das bedeutet, dass wir Abstimmungsunterlagen per E-Mail bekommen, diese ausfüllen, unterschreiben und wieder zurücksenden.

Das ist nicht optimal, aber bis jetzt der rechtlich einwandfreie Weg und ermöglicht uns wichtige und zeit-sensible Entscheidungen zu treffen, um zum Beispiel Europa gegen die Corona-Pandemie zu rüsten.

Auch am 16. und 17. April standen wieder Entscheidungen an. In der zweiten Fernabstimmung des Europäischen Parlaments haben wir über drei Abstimmungen entschieden:

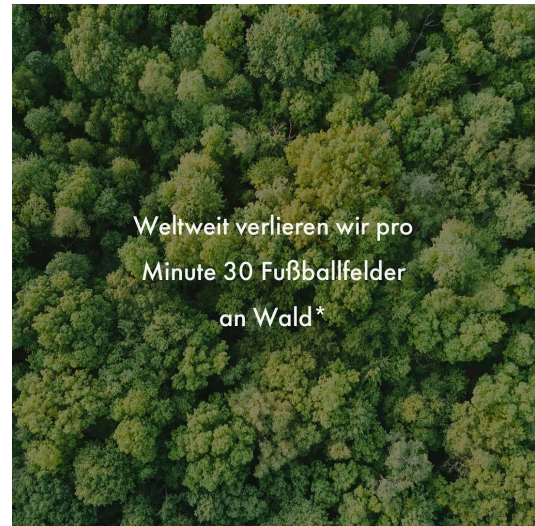


Wir haben über eine Parlamentsresolution als europäische Antwort auf COVID-19 abgestimmt. Sie beinhaltet, dass der Green Deal die Grundlage für ein sogenanntes Recovery-Programm der EU nach der Coronakrise wird; Wie unser Plan für die Sozial-ökonomische Bewältigung der Krise aussieht; Die Koordination im Schengen Raum; die Achtung der Grundrechte-Charta sowie die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion. Außerdem wollen wir die für 2020 verfügbaren Haushaltsgelder für den Kampf gegen die Pandemie einsetzen. Dadurch haben wir weitere drei Milliarden Euro mehr zur Verfügung, die wir für Corona-Tests, Krankenhausmaterial, zur grenzüberschreitenden Kooperation zur Versorgung von Patient*innen sowie für Unternehmen einsetzen können, die ihre Produktion auf medizinischem Material umgestellt haben und damit auch Beatmungsgeräte oder Masken liefern können.

Als Drittes haben wir eine noch weitreichendere Flexibilisierung des EU-Strukturfonds zur Krisenbewältigung beschlossen. Die verbliebenen Strukturfonds-Mittel für das Jahr 2020 können dann möglichst flexibel verwendet werden. Dadurch können rund 54 Milliarden Euro in die Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie fließen. Die Gelder können dann für medizinisches Equipment oder zur Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen genutzt werden. Eine Ko-Finanzierung der Mitgliedsstaaten entfällt dadurch!



UMWELTZERSTÖRUNG UND CORONA – WIE GEHÖRT DAS ZUSAMMEN?



Die Corona-Krise beherrscht verständlicherweise momentan die Schlagzeilen. Dennoch geht die Arbeit an meinem Bericht zu entwaldungsfreien Lieferketten weiter. Und auch wenn das auf den ersten Blick nicht ersichtlich sein sollte: der Ausbruch von Pandemien hat auch etwas mit der Zerstörung unserer Wälder zu tun.

Wälder sind Ökosysteme, in denen Tiere, Pflanzen, Pilze, Bakterien und eben auch Viren in einem komplexen Gleichgewicht zusammenleben und harmonisieren. Wenn Wälder gerodet werden, um auf ihren Flächen zum Beispiel Landwirtschaft zu betreiben, werden diese sensible Ökosysteme zerstört, und Viren suchen sich neue Wirte – zum Beispiel Menschen. Der Forscher David Quammen beschreibt das so: „Wenn die Bäume fallen, und die Tiere sterben, fliegen die Keime wie der Staub eines einstürzenden Hauses durch die Luft.“ Und können sich dann eben auf dem Menschen absetzen. Rund 70 Prozent der bisher bekannten Viren stammen aus dem Tierreich – und gingen erst später auf den Menschen über. Es weist einiges darauf hin, dass auch das Coronavirus vom Tier auf den Menschen übertragen wurde.

Durch zunehmende Zerstörung der Wälder kommen sich Mensch und Tier immer näher und die Chancen der Übertragung von Viren vom Tier auf den Menschen – sogenannte Zoonosen – steigen. Naturschutz kann also auch dabei helfen, den gesunden Abstand zwischen Mensch und Tier zu bewahren, der Übertragungen von Krankheiten verhindern kann.

Mein Bericht ist ein Teil des European Green Deal. Die Unterstützung dafür ist trotz der Krise ungebrochen. Viel mehr noch: Der Deal soll Grundlage des Wiederaufbauprogramms der Europäischen Union werden. Deswegen habe ich zusammen mit mehr als 180 Abgeordneten des Europäischen Parlaments, nationaler Parlamente, Ministerinnen und Ministern verschiede-

ner EU-Länder, Gewerkschaften, Firmenchefs, Think Tanks und NGOs die „European Alliance for a Green Recovery“ gegründet.

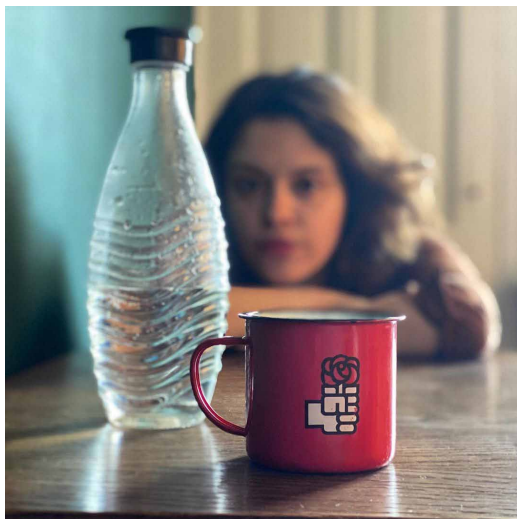
Wir alle sind uns einig: sobald die akute Gesundheitskrise überwunden ist, die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöst wurde, braucht die Europäische Union ein Investitionspaket, das auf ökologischen und sozialen Prinzipien beruht.

Wir müssen unbedingt vermeiden, dass Konjunkturpakete jetzt Entscheidungen begünstigen, die noch auf Jahre und Jahrzehnte das Klima und die Vielfalt der Arten gefährden. Auch wenn jetzt einige christdemokratische und konservative PolitikerInnen am Green Deal sägen möchten: Dieser gemeinsame Aufruf zeigt zum Glück, wie groß der gesellschaftliche Konsens für mehr Klima- und Umweltschutz ist immer noch ist. *Global Forest Watch

.....

HOHER KAFFEEKONSUM – NICHT UNBEDENKLICH FÜR DIE UMWELT

Gerade im Home Office scheint der Kaffee Konsum zu steigen: Man hat eine einfache und unendliche Versorgung, trinkt aus Langeweile oder ersetzt den Schnack mit Kolleg*innen durch einen Schluck Kaffee.



Das hat leider einen Haken: Laut einer Studie des WWF verbraucht eine Tasse Kaffee nämlich 140 Liter Wasser – „Wie Bitte?“ fragt man sich da vielleicht. Aber so viel Wasser wird zum Beispiel in einem Anbauland wie Brasilien benötigt, um die dafür notwendige Menge an Kaffee zu erzeugen. Das Problem: Der sogenannte Kaffee Gürtel liegt entlang des Äquators. Dort, wo den Menschen besonders wenig Wasser zur Verfügung steht.

Zusätzlich zerstört der Anbau auch unsere natürlichen Ressourcen im Kampf gegen Klimawandel. Von 1990 bis 2008 wurden nur für den Kaffee- und Kakaokonsum der EU 900.000 Hektar Wald zerstört. Das sind zwei Drittel von ganz Schleswig-Holstein. Ganze Regionen verlieren ihren natürlichen Wasserspeicher und Schatz-

tenspeicher – wir alle sogar einen natürlichen Kohlenstoffspeicher.

Kaffee also bewusst genießen! Die Verantwortung endet aber nicht bei dir und deinem Becher! Für das Europäische Parlament arbeite ich gerade intensiv an einem Bericht, der genau dieses Problem lösen will: Mit transparenten Lieferketten soll sichergestellt werden, dass EU-Importe nicht zur Entwaldung oder der Zerstörung biologischer Vielfalt geführt haben.

.....

RECHTE DER TRANS- UND INTERSEXUELLEN STAATSBÜRGER*INNEN IN UNGARN

Als eine von 63 Europaabgeordnete habe ich den Brief an den Kanzleramts- und den Justizminister in Ungarn mitunterzeichnet. Darin fordern wir sie auf, Artikel 33 des Gesetzesvorschlagspaket zu widerrufen, der die Rechte der trans- und intersexuellen ungarischen Staatsbürger einschränkt. Ab sofort soll nur noch das Geschlecht und der Name bestehen bleiben, das bei der Geburt eingetragen wurde. Eine spätere Änderung soll dann nicht mehr möglich sein.

Das widerspricht den europäischen Menschenrechtsstandards, der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie den Standards des Europäischen Parlaments. Selbst das ungarische Verfassungsgericht hat im Juni 2018 entschieden, dass die Anerkennung von Transgender-Personen und ihre mögliche Namensänderung mit dem Grundrecht auf Würde zusammenhängen.



Ich fordere daher, dass Artikel 33 widerrufen wird!

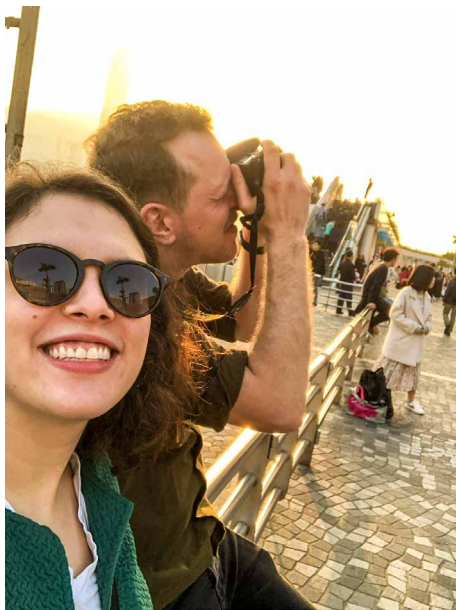
.....

DEINE RECHTE BEI GEPLATZTEN REISEN

Was passiert mit meinen geplanten Reisen? Wenn dich das Fernweh packt und dein Urlaub jetzt ins Wasser fällt?

Für Ostern hatten einige von euch vielleicht Reisepläne, die wegen der aktuellen Reisebeschränkungen

ausfallen mussten. Das verursacht für Urlauber*innen und die Tourismusbranche zum Teil große Schäden und noch wissen wir nicht, wie lange diese Situation anhalten wird.



Innerhalb der EU gibt es viele Lösungsansätze für den Umgang mit Ansprüchen von Reisenden, deren Flüge und Reisen storniert wurden. Deutschland hat sich nun für Gutscheine statt Rückerstattung ausgesprochen um Reiseanbieter zu entlasten.

Was wir aber brauchen, sind flexible Lösungen, die nicht auf Kosten von Menschen gehen, die das Geld jetzt benötigen. Und auch wenn Gutscheine statt Rückerstattung angeboten werden, müssen Urlauber*innen davor geschützt sein, dass im Falle einer Insolvenz des Reiseanbieters, die Verbraucher*innen leer ausgehen. Meine Kollegin Evelyne Gebhardt verhandelt momentan an einer europäischen Lösung, bei der niemand im Stich gelassen wird.

21 PROZENT LOHNLÜCKE ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN SIND 21 PROZENT ZU VIEL

Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern beträgt in Deutschland 21 Prozent. Das sind genau 21 Prozent zu viel. Nach wie vor belegt Deutschland mit diesem Ergebnis einen der hinteren Spitzenpositionen im europäischen Vergleich. Die Lohnlücke hat sich in den letzten Jahren kaum geändert, die Zahlen wirken wie in Stein gemeißelt. Die Gründe dafür sind vielfältig. Unter anderem werden Pflege- und Fürsorge Berufe und andere überwiegend von Frauen ausgeübte Berufe, schlechter bezahlt. Wie unersetzlich diese sind überwiegend von Frauen ausgeübte Berufe schlechter bezahlt. Wie unersetzlich diese sind wissen wir nicht erst seit der Coronakrise.



Die EU-Kommission hat jetzt ihre Strategie zur Gleichstellung vorgelegt. Als Sozialdemokrat*innen im Europäischen Parlament kämpfen wir dafür, dass diese mit Leben gefüllt wird und die EU die Vorreiterin für Gleichstellung bleibt – gerade im Zuge des Rollbacks in einigen Mitgliedstaaten!



Impressum

Delara Burkhardt
Mitglied des Europäischen Parlaments
Kleiner Kuhberg 28-30
24103 Kiel
moin@delara-burkhardt.eu
0431 90 60 626

Fotos: Delara Burkhardt (Seite 1, 2, 4, 5, 6); Marc Fricke (Seite 3, 5)